

## Die Forderungen der Bankbeamten.

Der großen Schär der Bankbeamtenchaft hat sich eine tiefgehende Erregung bemächtigt. Wenn die Verhandlungen zwischen den Vertrauensmännern der Beamten und den Leitungen der Finanzinstitute, die in den nächsten Tagen beginnen werden, nicht zu einem gedeihlichen Ende führen sollten, dann ist die Gefahr eines einzigartigen Lohnkampfes in greifbare Nähe gerückt. Welcher Seite sich in einem solchen Falle die Sympathien der Allgemeinheit zuwenden würden, darüber kann nicht der geringste Zweifel bestehen.

Die Banken werden zwar gegenwärtig von mancher Seite auch mit den Mitteln der Demagogie bekämpft. Sie sind, wenn ihnen auch viele Schattenseiten anhaften mögen, ein unentbehrliches Werkzeug der Volkswirtschaft, und wer da glaubt, daß ihre Aufgaben vom Staate gelöst werden könnten, der hat von den unübersteigbaren Grenzen der staatlichen, und zwar jeder staatlichen Wirksamkeit nicht die geringste Vorstellung, obwohl das Veriaagen der Bureaokratie im Kriege auf allen Gebieten geschäftlicher Tätigkeiteit offenkundig und nicht bloß ein Zufall ist, sondern sich aus der Natur der Sache von selbst ergibt. Aber wenn man auch grundsätzlich der Gegnerschaft der Banken fernsteht, wenn man sich darüber hinwegsetzt, daß sie sehr reiche, allzu reiche Kriegsgewinne aufweisen, daß ihren Präsidenten, Verwaltungsräten und Direktoren fürstliche, ja oft geradezu königliche Einkünfte aus zahllosen Quellen aufkriechen, wenn man schließlich selbst der Ansicht Rathenaus beipflichtet, daß die Kumulierung von Verwaltungsratsstellen durch einzelne Finanzarößen der Gesamtwirtschaft nützlich sei — wenn man auch dies alles ganz objektiv beurteilt, so muß man doch die Haltung der Bankwelt gegenüber ihren Angestellten zumindest als unklug bezeichnen.

Die Beamten der Finanzinstitute zählen vor dem Kriege zu den in geldlicher Hinsicht am besten gestellten Schichten der Beamtenchaft. Sie wären die allerersten, die den vollen und gerechten Anspruch hätten, von ihrem Dienstgeber, der jetzt fabelhafte Gewinne zieht, zu verlangen, daß er sie vor den Verfallschlägerungen des Geldwertes schütze, damit sie zum mindesten in ihrer Lebensführung nicht beeinträchtigt werden. Ein solches Verlangen wäre um so mehr berechtigt, als der Beamtenchaft, deren Reihen zu Beginn des Feldzuges durch militärische Einberufungen stark gelichtet wurden, während des Krieges ganz erhebliche Mehrarbeiten angewachsen sind. Nicht nur der Umfang, sondern auch die Intensität ihrer Arbeit ist unvergleichlich größer als vordem. Wenn die Bankönige bauen können, haben die Kärner zu tun. Aber die Bankbeamten sind weit entfernt davon, so viel zu fordern, um, wie sie sagen, „ihren vor dem Krieg innegehabten Standard wieder zu gewinnen“. Sie verlangen nicht mehr als „halbwegs leben zu können“ und wollen — mit Recht — „sich als mittelländische Gesellschaftsschichte behaupten und nicht der Proletarisierung anheimfallen“. Um dieses Ziel zu erreichen, haben sie eine Reihe von Forderungen gestellt. Unter den „materiellen Forderungen“ nimmt das Verlangen nach einer Erhöhung sämtlicher festen Bezüge um 50 Prozent (Höchstbetrag der Erhöhung 4000 Kronen) den ersten Platz ein. Das Tagegeld der Kriegsangestellten wäre ebenfalls um 50 Prozent zu erhöhen. Ferner wird verlangt, daß den Beamten, zweimal im Jahre Anschaffungsbeiträge gewährt werden, und zwar jedesmal 1500 Kronen für Ledige und Beamtinnen und 2000 Kronen für Verheiratete nebst 400 Kronen für jedes

Kind. Dann wären sämtliche Kriegsteuerungszulagen zusammenzulegen und in monatlichen Teilbeträgen auszubezahlen. Desgleichen wären die Steuerungsulagen der Pensionisten zu erhöhen und die Bezüge der eingetückten Angestellten entsprechend zu regeln. Den zweiten Punkt des Programms bildet die Forderung nach einer Einbeziehung sämtlicher schematischen Bezüge (einschließlich der angestrebten Erhöhung) zuzüglich 50 Prozent der Kriegsteuerungszulagen in die Pensionsbemessungsgrundlage und doppelte Anrechnung der Kriegsjahre für die Ruhebezüge, ebenfalls ohne Nachzahlung. Weitere Forderungen beziehen sich auf das Definitivum der Kriegsanestellten, auf die Einführung der Dienstprämie und auf die Einführung der durchlaufenden Arbeitszeit.

Die Forderungen der Bankbeamtenchaft, auf die noch im einzelnen zurückzukommen sein wird, werden in ernster, sachlicher Weise begründet, wie denn überhaupt die Arbeiten der Bankbeamtenorganisationen von dem tiefen Verständnis zeugen, von dem Wissen und Können, das in diesen Kreisen zu Hause ist. Die Leitungen der Finanzinstitute wären schlecht beraten, wenn sie ihre Opposition gegenüber dem im vorstehenden flüchtig angedeuteten Mindestprogramm zu weit führen würden und es zu Weiterungen kommen ließen. Die Banken sind noch imstande, allen ihren Angestellten, auch im Kriege, eine „halbwegs befriedigende Lebensführung“ zu ermöglichen. S. R.